

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 22. Oktober 1982

Blatt 3052

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

Kalman- und Marischka-Büste enthüllt

Kommunal:  
(rosa)

Wiener Gemeinderat  
Rinter: Veleta informierte Gemeinderatsfraktionen  
Ein Buch über die Brücken Wiens  
75 Jahre Psychiatrisches Krankenhaus  
Bäcker im Wiener Rathaus  
Stadtteilplanung Großjedlersdorf: Ausstellung ab  
27. Oktober  
Sonderausbildung für Pflegepersonal

Kultur:  
(gelb)

Förderungspreise der Stadt Wien vergeben

Wirtschaft:  
(blau)

Risiko bei der Führung der Rinter-Anlage begrenzt

Nur

über FS: 21.10. Straßenbahnlinie 9 unterbrochen  
Statt Ofen Zimmer angezündet

.....  
Bereits am 21. Oktober 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Kalman- und Marischka-Büsten enthüllt

=++++

24 Wien, 21.10. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK enthüllte Donnerstag im Rahmen einer Feier im Museum des Theaters an der Wien eine Emmerich Kalman- und eine Hubert Marischka-Büste. Sowohl Kalman wie Marischka wären heuer 100 Jahre alt geworden, beide sind Symbolfiguren der letzten großen Ära der Wiener Operette: Kalman als Komponist, Marischka als Schauspieler, Regisseur und Theaterdirektor. Gemeinsam hoben sie mit "Gräfin Mariza" einen der größten Operettenerfolge aller Zeiten aus der Taufe.

Die Emmerich Kalman-Büste stammt vom ungarischen Bildhauer Mescarosz TOOTH, die Hubert Marischka-Büste von o. Hochschulprofessor Ferdinand WELZ. (Schluß) gab/di

NNNN

Rinter: Veleta informierte Gemeinderatsfraktionen

=++++

1 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Wie in der "RATHAUSKORRESPONDENZ" am Mittwoch bereits gemeldet, wurde bei einer Besprechung der Stadträte Hans MAYR und Josef VELETA mit Vertretern der Wiener Holding und der kreditgebenden Bankinstitute ein Verhandlungsergebnis über eine neue wirtschaftliche und technische Konzeption zur Rohstoffgewinnung aus Müll erzielt. Über dieses Ergebnis hat Stadtrat Veleta am Donnerstag die Fraktionen des Wiener Gemeinderates eingehend informiert. Damit entfällt die für heute, Freitag, im Gemeinderat vorgesehen gewesene Mitteilung.

Nach der neuen Betriebskonzeption sollen die vorhandenen Anlagen so umgebaut werden, daß als Hauptprodukt ein aus Müll gewonnener Brennstoff erzeugt wird.

Die Verhandlungen brachten folgende wesentliche Ergebnisse:

- Die Eigentumsanteile an der Rinter Rohstoffrückgewinnung AG werden zu einem Anerkennungsbetrag von 1.000 S von einer mittelbaren oder unmittelbaren Tochtergesellschaft der Stadt Wien übernommen.
- Voraussetzung dafür ist ein Forderungsverzicht des Bankenkonsortiums auf 200 Mio S und ein Verzicht auf die bis 1. Jänner 1984 anfallenden Zinsen.
- Sollte die nach der neuen Konzeption umgebaute Anlage die Erwartungen nicht erfüllen, verzichtet das Bankenkonsortium auf einen weiteren Betrag von 100 Mio S. Für diesen Fall hat sich ferner der Anlagenhersteller verpflichtet, den gesamten hierfür geleisteten Kaufpreis von ca. 230 Mio S zurückzuerstatten.

Nach diesem Verhandlungsergebnis ist eine nicht unbeträchtliche Senkung des bisher von der Stadt Wien an die Rinter bezahlten Müllentgeltes zu erwarten.

Die Wiener Holding ist beauftragt, die zur Durchführung notwendigen wirtschaftlichen, steuerlichen und rechtlichen Prüfungen einzuleiten und jene Unterlagen auszuarbeiten, auf deren Grundlage sobald als möglich die Befassung der zur Genehmigung zuständigen Organe erfolgen kann. (Schluß) red/ap

NNNN

## Förderungspreise der Stadt Wien vergeben

=++++

2 #Wien, 22.10. (RK-KULTUR) Je zwei Schriftsteller, Komponisten, bildende Künstler und Volksbildner sowie vier Wissenschaftler erhalten die mit je 40.000 S dotierten Förderungspreise der Stadt Wien 1982. # Aufgrund der Empfehlungen einer Jury von magistratsunabhängigen Juroren wurden die Preise an folgende Künstler und Wissenschaftler vergeben:

Literatur: Gustav Ernst  
Helmut Peschina

Musik: Thomas Daniel Schlee  
a. o. Prof. Walter Veigl

Bildende Kunst: akad. Maler Wolfgang Böhm  
akad. Maler Herwig Zens

Wissenschaft: Univ. Ass. DDr. Johann Figl (Philosophie und  
Theologie)  
Oberarzt Dr. Georg Hagemüller (Medizin-Chirurgie)  
Univ. Doz. Dr. Werner Jobst (Klass. Archäologie)  
Univ. Doz. Dr. Wolfgang Löffelhardt (Allgemeine  
Biochemie)

Volksbildung: Dr. Wilhelm Filla  
Dr. Lorenz Mikoletzky

Neben den Förderungspreisen wurden an 29 Bewerber Arbeitsstipendien in der Höhe von je 20.000 S vergeben. Die Überreichung der Preise erfolgt am 9. November, um 17 Uhr im Libresso der Alten Schmiede.

(Schluß) gab/ap

NNNN

Ein Buch über die Brücken Wiens

=++++

3 #Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Geschichte, Architektur und Technik des Wiener Brückenbaues sind Thema eines neuen Buches, das Donnerstag von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN und Gewista-Direktor Gemeinderat Erik HANKE vorgestellt wurde. Das von der Gewista-Werbe-gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien und dem Verlag für Jugend und Volk herausgegebene Werk trägt den Titel "Wiener Brücken". Die Darstellung reicht von der ersten urkundlich erwähnten Brücke Wiens - der Kärntner-Tor-Brücke über den Wienfluß aus dem Jahr 1211 - bis zu den neuesten Brückenbauwerken der Bundeshauptstadt wie der Brigittenauer Brücke und der Roßauer Brücke.#

Einem allgemeinen historischen Überblick folgen Einzeldarstellungen der fünf Wiener Donaubrücken und ihrer Geschichte, Kapitel über die Donaukanalbrücken und die Brücken der Stadtbahn und der Vorortelinie sowie eine zusammenfassende Darstellung der übrigen, rund fünfhundert Brücken Wiens. Auch Probleme der Brückenbautechnik in alter und neuer Zeit sowie Organisations- und Sicherheitsfragen werden behandelt. Eine Tabelle und Chronik des Wiener Brückenbaues beschließen das ca. 140 Seiten starke, reich illustrierte Werk, das zum Preis von 480 Schilling beim Verlag für Jugend und Volk erhältlich ist. (Schluß) ger/gg

NNNN

## 75 Jahre Psychiatrisches Krankenhaus

=++++

13 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe feiert morgen, Samstag, um 10 Uhr mit einem Festakt das Jubiläum seines 75jährigen Bestandes. Im Rahmen dieses Aktes, der von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnet wird, werden Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Univ.-Doz. Dr. J. PELIKAN vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizin-Soziologie und Univ.-Doz. Dr. E. GABRIEL, ärztlicher Leiter des Krankenhauses, sprechen.

Das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe wurde am 8. Oktober 1907 als "Niederösterreichische Landesheil- und Pflegeanstalt für Geistes- und Nervenranke" mit 2.200 Betten eröffnet. 1921 ging die Anstalt sodann in das Eigentum des neuentstandenen Bundeslandes Wien über. Wie alle psychiatrischen Großkrankenhäuser der Welt hatte auch der Steinhof sowohl während und nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Problem der krassen Überbelegung zu kämpfen gehabt. So stieg etwa 1916 der durchschnittliche Patientenstand auf über 3.500 und auch Anfang der Siebzigerjahre gab es noch einen Patientenstand von über 3.000. Auf Grund der im Rahmen der Psychiatriereform durchgeführten Maßnahmen, konnte die Zahl der Patienten nunmehr auf 1.600 reduziert werden. (Schluß) zi/gg

NNNN

## Bäcker im Wiener Rathaus

Utl.: Gespräche werden weitergeführt

=++++

15 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Eine Delegation der Wiener Bäcker überreichte Freitag Finanzstadtrat Hans MAYR eine Petition, in der um unterstützende Maßnahmen ersucht wird. Die Bäcker verwiesen auf ihre schwierige wirtschaftliche Situation und regten eine ähnliche Unterstützung wie für die Ankerbrotwerke an. Stadtrat Mayr erklärte, daß Anker noch nie von der Stadt Wien gefördert wurde, weil die Wiener Förderungsaktionen auf die Klein- und Mittelbetriebe zugeschnitten sind und daher Anker als Industriebetrieb nicht zum Zug kommen konnte. Anker wird, so Mayr, 180 Millionen investieren, und erhält dafür 40 Millionen zinsfreie Kredite - das ist weniger als das, was ein Kleinbetrieb im Rahmen der bestehenden Förderung bekommt. Kleinbetriebe können nämlich z.B. bei einer Investition von 800.000 S Zuschüsse von 205.000 S erhalten - das sind mehr als ein Viertel der Investition. Stadtrat Mayr sagte den Bäckern zu, ihre Petition genau prüfen zu lassen, um dann weitere Gespräche über die Anliegen der Wiener Bäcker zu führen. (Schluß) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Die ERSTE ANFRAGE von Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) wurde zurückgezogen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. MRKVICKA (SPÖ), welchen Erfolg die Aktion zur Förderung neuer Lehrplätze bisher zeitigte, antwortete StR. MAYR (SPÖ), daß diese Aktion bisher ein sehr positives Echo erbrachte. Bis 20. Oktober gab es Förderungszusagen für 923 Lehrstellen. Insgesamt liegen 1.400 Ansuchen um Förderung vor. Die Aktion hat einen nicht unwesentlichen Anteil an der Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit. Die Abwicklung wird weiter forciert, sodaß alle Förderungszusagen bis Ende des Jahres realisiert werden können. Somit kann erreicht werden, daß alle Schulabgänger, die 1982 einen Lehrplatz suchten, auch untergebracht werden können. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob von dieser Aktion auch Jugendliche aus dem angrenzenden Niederösterreich erfaßt sind, antwortete StR. MAYR, daß zunehmend auch Jugendliche aus niederösterreichischen Grenzgebieten in den Genuß der Förderung kommen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob auch etwas für Kinder von Gastarbeitern geschehen könne, antwortete StR. MAYR, daß dies wohl grundsätzlich möglich sei. Zu den Voraussetzungen, die zu erfüllen sind, gehört aber, daß die Kinder überhaupt in Österreich eine Arbeit aufnehmen dürfen. Er werde die Anregung jedoch aufnehmen und wenn möglich positiv erledigen. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Ergebnisse die im vergangenen Jahr beschlossene Neuregelung für die Spielautomaten gebracht habe, antwortete StR. MAYR (SPÖ), daß ein wesentliches Anliegen höhere fiskalische Einnahmen waren und sich auch der Effekt der Verringerung der Zahl der Spielautomaten ergeben hat: Die Zahl der Spielautomaten wurde nahezu halbiert, das Steueraufkommen hat sich nahezu verzehnfacht. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob eine Steuer nach dem Umsatz, wie es sie bereits in anderen Ländern gibt, auch in Wien erwogen wird, antwortete StR. MAYR, daß diese Frage weiterhin zur Diskussion steht. Er könnte sich eine Variante vorstellen, sagte MAYR, nach der eine Mindeststeuer und zusätzlich eine Steuer nach dem Umsatz vorgesehen wird. Diese Frage soll gleichzeitig mit der Novellierung des Veranstaltungsgesetzes geklärt werden. Es sollte auch Freigrenzen in Wien geben, in deren Bereich Spielautomaten überhaupt nicht zugelassen werden sollten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Termine für die Novellierung des Veranstaltungsgesetzes und des Vergnügungssteuergesetzes vorgesehen seien, antwortete StR. MAYR, daß der Meinungsbildungsprozeß ziemlich weit fortgeschritten ist. Er hoffe, daß eine Klärung bis zum Frühjahr herbeigeführt wird. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von StR. Dr. GOLLER (ÖVP), welche Aufträge im Jahr 1982 (vor und nach Übernahme der AKPE durch die VOEST) für den Neubau des AKH vergeben wurden, antwortete StR. MAYR (SPÖ), daß eine ganze Reihe von Aufträgen infolge von alten Aufträgen zu alten Bedingungen vergeben wurde. Zwischen 1. Jänner 1982 und 31. Mai 1982 wurden zu den seinerzeitigen Stammpreisen Aufträge von rund 384 Millionen vergeben, im anschließenden Zeitraum bis 30. September 1982 (Zeit der Umorganisation) weitere 314 Millionen und nach den neuen Richtlinien zwischen dem 1. und dem 19. Oktober 1982 nochmals 147 Millionen. Insgesamt ergibt dies rund 845 Millionen. An welche Firmen diese Aufträge vergeben wurden, könne hier aus verschiedenen rechtlichen Gründen nicht beantwortet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese 845 Millionen freihändig oder beschränkt ausgeschrieben vergeben wurden, antwortete StR. MAYR, er sei derzeit nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten, werde dies aber schriftlich nachholen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Gefahr bestehe, daß angesichts zu geringer bereitgestellter Mittel das AKH nicht 1990, sondern erst später fertiggestellt wird, antwortete StR. MAYR, daß die Aufträge nach heutigen Tagespreisen per 19. Oktober eine Summe von mehr als einer Milliarde ergeben. StR. MAYR wies darauf hin, daß die Organisationsänderung bei der AKPE unter anderem deshalb durchgeführt wurde, weil unter der Leitung von Präsident Kandutsch eine Verlangsamung des Baugeschehens eingetreten war. Die Leitung der AKPE werde im Dezember einen ersten Bericht über den Baufortschritt vorlegen, den er, MAYR, dann dem Finanz- und dem Sozialausschuß zur Verfügung stellen werde. Damit werde sich die Möglichkeit zur Diskussion darüber ergeben. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), warum eine sechsköpfige Familie die in einer 60 Quadratmeter großen Wohnung lebt, keinen Vormerkschein erhält, antwortete StR. HATZL, daß man entsprechend den Vormerkrichtlinien zunächst wissen müßte, aus wieviel Räumen die Wohnung besteht und ob es sich bei den sechs Personen um eine oder um zwei Familien handelt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob StR. Hatzl bereit wäre, eine unbürokratische Lösung zu treffen und dieser Familie einen Vormerkschein zu geben, antwortete StR. Hatzl, daß in den Fällen, wo soviele Personen auf so engem Lebensraum wohnen, meistens nach einer unbürokratischen Lösung gesucht wird. Auch dieser Familie wird geholfen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob StR. Hatzl bereit sei, dem Gemeinderat die Vormerkungsrichtlinien zur Verfügung zu stellen, sagte StR. Hatzl, daß er den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates das derzeitige Informationsblatt über die Richtlinien selbstverständlich zur Verfügung stellt. Jeder Bürger erhält in den Wohnungsämtern der Stadt Wien diese Vormerkungsrichtlinien. Eine Broschüre über die Kriterien wie man zu einer Gemeindewohnung kommt ist in Arbeit. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. OBLASSER (SPÖ) nach den Erfahrungen mit der Stadterneuerungsmilliarde, stellte StR. Hatzl fest, daß die Möglichkeit, mit einem verbilligten Kredit eine Haussanierung durchzuführen, lange Zeit von den Hauseigentümern nicht wahrgenommen wurde. Dies sei bedauerlich, denn es sei ein gutes Gesetz mit vielen Vorteilen für Hauseigentümer und Mieter. Im Bereich der Stadtverwaltung wurden Maßnahmen gesetzt, daß Anträge rasch behandelt und erledigt werden können. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Anträge bereits erledigt sind, sagte StR. Hatzl, daß nunmehr 66 Anträge eingebracht wurden, ein Drittel davon in den letzten zwei Wochen. 36 Anträge wurden von der Wiener Landesregierung bereits genehmigt. Der Umfang der Förderung beträgt 52 Millionen Schilling. Rund 400 Millionen stehen den Hausbesitzern noch zur Verfügung. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach den Erfahrungswerten mit dem Gesetz meinte StR. Hatzl, daß man im Bereich der Information noch mehr tun könnte. Er habe auch ein Gespräch mit der zuständigen Staatssekretärin über eine Novellierung des Gesetzes geführt. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), wie viele elektrotechnische und elektromechanische Einrichtungen es im Bereich der städtischen Wohnhäuser gibt, nannte Wohnbaustadtrat Hatzl folgende Zahlen: 4.014 Aufzugsanlagen, 4.936 Waschküchen, 420 Drucksteigerungsanlagen, 148 Pumpanlagen, 334 Fernsehgemeinschaftsantennen für insgesamt 55.000 Mieter, 126 elektromechanische Garagentore und 2.007 Torschließanlagen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie oft die MA 27 im laufenden Jahr aufgrund von Störungsmeldungen tätig werden mußte, sagte Hatzl: es gab insgesamt 8.251 Störungsmeldungen bei Aufzugsanlagen, 176 Meldungen bei den Gemeinschaftantennen und rund 15.000 Meldungen in den anderen Bereichen. Die Zahl der Störungen ist allerdings unter dem Aspekt zu sehen, daß manche mutwillig und viele durch Unachtsamkeit entstanden sind. Viele Meldungen wurden auch aufgrund von "Kleinigkeiten" getätigt.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es, wie versprochen zum nachträglichen Einbau von 150 Aufzugsanlagen in städtischen Althäusern gekommen ist, sagte Hatzl, daß sogar 163 Anlagen nachträglich eingebaut worden sind. Für das Jahr 1983 sind bereits Vorbereitungen für den weiteren Einbau von 150 Anlagen getroffen worden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wie viele Wohnungen der städtischen Wohnhausanlage Marco-Polo (Heinz Nittel-Hof) im 21. Bezirk bereits fertiggestellt sind, sagte Wohnbaustadtrat Hatzl, daß bis Ende September 1982 592 Wohnungen fertiggestellt worden sind.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie viele Bewerber zur Vergabe dieser Wohnungen vorgeladen worden sind, sagte Hatzl, er habe darüber keine Statistik geführt, werde sich aber bemühen, die Zahl erheben zu lassen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es bei den doch sehr teuren Wohnungen in dieser Anlage nicht Schwierigkeiten geben werde, die 800 noch fertigzustellenden Wohnungen zu vermieten und ob nicht auch eine Mietenreduktion in Erwägung gezogen werde, da ja auch das Kontrollamt die Mieten als überhöht bezeichnet habe, sagte Hatzl, die Mietzinsberechnung sei von den Baukosten abhängig. Die endgültige Festsetzung der Mieten sei mit der Endabrechnung des Baues zu erwarten. Eine Erhöhung der jetzigen Mieten sei jedoch mit Sicherheit auszuschließen. Im übrigen habe das Kontrollamt die Mieten nicht als überhöht bezeichnet. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Erledigung der von Floridsdorfer und Donaustädter Mandataren 1979 gestellte Antrag auf Verlängerung der Straßenverbindung von der Brigittenauer Brücke über die Alte Donau in den Nordosten von Wien erfahren habe, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß keine Straßenverbindung über die Alte Donau vorgesehen sei. Die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob der Antrag damit als erledigt und abgelehnt betrachtet werden kann, bejahte Hofmann. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Antrag auch nicht mehr in den Gemeinderatsausschuß komme, sagte Hofmann, daß er bereits in fraktionellen Vorbesprechungen abgelehnt wurde und deshalb kein Verhandlungsgegenstand für ein Gremium des Gemeinderates mehr sei.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. KNEISLER (SPÖ), wie hoch die Fernwärmeabgabe aus der Kraft-Wärme-Kupplungs-Anlage Simmering im Jahr 1981 war, antwortete Hofmann, 344.000 Megawattstunden. Diese Abgabe entsprach gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von rund 33 Prozent. Die Heizöleinsparung betrug gegenüber Heizwerken 17.000 Tonnen und gegenüber Hauszentralheizungen 26.000 Tonnen. Auf die ZUSATZFRAGE, welche Erwartungen er für 1982 habe, meinte HOFMANN, daß mit einer weiteren Steigerung der Fernwärmeabgabe aus der Simmeringer Kraft-Wärme-Kupplung gerechnet werden kann. (Forts.)  
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), welche Möglichkeiten es seiner Ansicht nach gebe, um den zu beobachtenden Rückgang von Darbietungen lebender Musik in Gast- und Schankbetrieben hintanzuhalten, antwortete StR. Dr. ZILK (SPÖ), solche Veranstaltungen seien nur bis zum vergangenen Jahr rückläufig gewesen. Seither sei durch die Novelle des Vergünstigungssteuergesetzes eine sehr starke Zunahme zu beobachten. Bisher ist Musik in Gast- und Schankbetrieben durch die "Prämienaktion", die durch die Vergünstigungssteuernovelle nun überflüssig geworden sei, sowie durch Förderungsaktionen für Konzerte der "Wiener Unterhaltungsmusik", die sieben Lokale betreffen, unterstützt worden. Da der Begriff der Wiener Unterhaltungsmusik in mehreren Fällen nicht eingehalten wurde, müsse man die Frage der Förderung neu durchdenken. In Zukunft soll eine größere Anzahl von Lokalen gefördert werden. Für das Jahr 1983 stehen dafür 3,9 Millionen Schilling zur Verfügung. Von der Förderung ausgenommen werden Bars, Nachtlokale und Heurigen sein. Die Mittel sollen von einer Kommission vergeben werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob künftig nicht nur Wiener Musik, sondern auch sonstige lebende Musik gefördert werden soll, antwortete StR. Zilk, das sei vorgesehen, dadurch werde sich die geplante Aktion von den bisherigen Maßnahmen unterscheiden. (Forts.)  
ro/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

16 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen vier ANFRAGEN der FPÖ und zehn der ÖVP vor. Außerdem lagen ein ANTRAG der ÖVP betreffend Ersatzpflanzungen für die Bäume auf dem Grundstück Radlmayergasse in Döbling sowie ein ANTRAG der ÖVP betreffend Weiterzahlung der Wohnbeihilfe für drei Monate bei unverschuldetem Mietzinsrückstand vor. Weiter lagen ANTRÄGE der Bezirksvertretungen 1, 8 und 18 betreffend Verzicht der Stadt Wien an der Beteiligung zur Errichtung des Konferenzzentrums vor. Die Anträge wurden zugewiesen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Verabschiedung GR Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER

=++++

17 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Der Vorsitzende des Gemeinderates, MAYRHOFER, gab bekannt, daß GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) wegen ihrer Berufung in den Vorstand der ÖMV ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat. Auf Vorschlag der Volkspartei soll Richard HELMER (ÖVP) angelobt werden.

FPÖ-Klubobmann HIRNSCHALL meldete sich zu Wort und ersuchte um Klärung, ob die Verzichtserklärung eines Herrn PANIK auf der ÖVP-Liste ordnungsgemäß sei.

Der Vorsitzende des Gemeinderates MAYRHOFER unterbrach die Sitzung für zehn Minuten, um mit den Klubobmännern und dem Amtsführenden Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten NEKULA die Sachlage zu klären.

Stadtrat NEKULA gab nach Wiederaufnahme der Sitzung bekannt, daß heute eine Verzichtserklärung ohne Datum vorliegt, die Unterschrift sei geprüft worden, die Verzichtserklärung ist ordnungsgemäß.

Im Anschluß daran wurde Richard HELMER (ÖVP) als Mitglied des Gemeinderates angelobt.

Der Vorsitzende des Gemeinderates, MAYRHOFER (SPÖ) dankte Frau Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER für ihre 18jährige Tätigkeit im Wiener Gemeinderat. MAYRHOFER hob hervor, daß Frau SCHAUMAYER durch lange Jahre hindurch als Amtsführender Stadtrat für städtische Unternehmungen für die Stadt Wien Großes geleistet habe. Er dankte ihr weiter für ihre ständige Bereitschaft zur Zusammenarbeit. (Applaus aller drei Fraktionen). (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Neuwahlen

=++++

18 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Nachdem GR. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt hatte, wurden

- o in den Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit  
GR. Dr. HAWLIK (ÖVP)
- o in den Gemeinderatsausschuß für Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz GR. NEUMANN (ÖVP),
- o in den Kontrollausschuß GR. NEUMANN (ÖVP) sowie
- o in die Beteiligungskommission GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP)

einstimmig gewählt.

Zwtl.: Wohnstraßen

Stadtrat Ing. HOFMANN beantragte 45,4 Millionen Schilling zur Schaffung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen. Dank der "Althausmilliarde" des Bundes können nun, sagte Hofmann, mehr Mittel als ursprünglich vorgesehen für Wohnstraßen ausgegeben werden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) begrüßte die Schaffung von Wohnstraße grundsätzlich, kritisierte jedoch, daß sie nach den aktuellen Konzepten nur in dichtbebauten Gebieten geschaffen werden sollen. Er setzte sich dann mit einem Wohnstraßenprojekt im 23. Bezirk auseinander, das von einer privaten Initiative verlangt wird. Bis heute ist der Wunsch der Initiative nicht erfüllt worden. Pawkowicz verlangte, die Stadtverwaltung solle auch den Ideen Privater mehr aufgeschlossen sein. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wohnstraße

=++++

19 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Wohnstraßen sind notwendig, stellte GR. OBLASSER (SPÖ) fest, weil sie den Anrainern den Lebensraum Straße wieder zurückgeben. Sie sind eine wichtige Maßnahme zur Stadterneuerung, weil sie alte Stadtviertel wesentlich aufwerten. Die erste Wohnstraße in Wien wurde im Stadterneuerungsgebiet Ottakring eingerichtet. Sie wurde zu einem vollen Erfolg, weil schon die Planung der Wohnstraße gemeinsam mit den Anrainern erfolgte. Die Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung bei der Gestaltung von Wohnstraßen ist besonders wichtig, betonte GR. OBLASSER. Der Preis für die vielen Vorteile einer Wohnstraße ist der Verlust von Parkplätzen. Bei der Reduzierung von Parkplätzen wird man kurzfristig recht vorsichtig vorgehen müssen, mittelfristig wird eine Änderung der Stellplatzverpflichtung notwendig sein. Wohnstraßen sollen den Durchzugsverkehr verbannen, den Fußgängern den Vorrang einräumen und die Autofahrer zur Schrittgeschwindigkeit verpflichtet. Sie sollen aber auch eine freundliche Atmosphäre vermitteln. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wohnstraßen

=++++

20 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) sagte, die ÖVP werde dem Antrag zustimmen. Schließlich habe sie sich schon immer für Verkehrsberuhigung und Stadterneuerung eingesetzt. Allerdings vermisse er ein diesbezügliches Gesamtkonzept für Wien.

Offensichtlich sei es so, daß die SPÖ - vor den Wahlen, und weil die Stadt Wien nun vom Bund 32 Millionen dafür erhält - nun den Beweis für eine Politik in diesem Sinn antreten wolle.

Weiter sagte Arthold, er vermisse bei vielen der vorgelegten Objekte die Information der Bevölkerung und auch die Abstimmung mit den Bezirksvertretungen. Andererseits gebe es auch Wünsche der Bevölkerung oder der Bezirke, die aus unerfindlichen Gründen nicht berücksichtigt worden seien.

Schließlich wies Arthold darauf hin, daß schon vor zehn Jahren ein Spielstraßenkonzept vorgelegt worden sei, und im Jahr 1976 ein Konzept zur Schaffung von mehr Freiraum in den Bezirken 3 bis 9 von einem Beamten vorgelegt worden sei. Von der Verwirklichung dieser beiden Konzepte sei bis jetzt nichts zu bermerken. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wohnstraßen

=++++

22 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Mit dem heutigen Beschluß können verkehrsberuhigte und fußgängerfreundliche Bereiche in zahlreichen Wiener Bezirken realisiert werden, sagte GR. Christine SCHIRMER (SPÖ). Dazu gehören die Straßen rund um die Neue Juridische Fakultät, die Griechengasse und der Concordiaplatz im 1. Bezirk, das letzte Stück der Praterstraße im 2. Bezirk, der Borromäusplatz und die Salmgasse im 3. Bezirk, der Mozartplatz im 4. Bezirk und viele andere. 32,4 Millionen werden noch heuer verbaut. 13 Millionen im kommenden Jahr. Auch zahlreiche provisorische Wohnstraßen sollen geschaffen werden. Als Beispiele führte SCHIRMER unter anderen den Rudolfsplatz im 1. Bezirk, die Kleistgasse im 3. Bezirk, die Stöbergasse im 5. Bezirk, die Wallgasse im 6. Bezirk, die D'Orsaygasse im 9. Bezirk, die Redtenbachergasse im 17. Bezirk und die Haitzingerasse im 18. Bezirk an.

In seinem Schlußwort warf StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) der ÖVP vor, alles bis zur Donauinsel für sich reklamieren zu wollen. Im Gegensatz zu den Ausführungen von GR. ARTHOLD wurde der Fliederhof sehr wohl in der Bezirksvertretung behandelt. Die Vorschläge für die Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen kamen sowohl von den Bezirksvertretungen als auch aus der Bevölkerung. Befragungsaktionen werden von uns selbst durchgeführt, sagte HOFMANN. Er erinnerte daran, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Wohnstraßen noch immer nicht endgültig geschaffen wurden. Der heutige Beschluß steht am Beginn einer Aktion zur Schaffung von Wohnstraßen in verkehrsberuhigten Bereichen in verschiedenen Formen. Aus den dabei gewonnenen Erfahrungen werden wir auch lernen, schloß HOFMANN. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wohnstraßen

=++++

23 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) meldete sich zu einer TATSÄCHLICHEN BERICHTIGUNG zu Wort. Die Bezirksvertretung sei nicht identisch mit dem Bezirksvorsteher oder einer Verkehrskommission. In der Bezirksvertretung sei über den Fliederhof nicht gesprochen worden.

StR. HOFMANN entgegnete, daß er dahingehend informiert worden ist, daß am 16. Dezember 1981 der Fliederhof in der Bezirksvertretung behandelt wurde.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Erholungsflächen

=++++

24 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Friederike SEIDL (SPÖ) stellte den Antrag, zur Schaffung von Spiel- und Erholungsflächen Mittel in der Höhe von 31,7 Millionen S zu genehmigen.

Die geplanten Vorhaben werden elf Wiener Bezirke betreffen, stellte GR. VEJTISEK (SPÖ) fest. Die Bedeckung wird aus dem Stadterneuerungsfonds erfolgen. Es wird Projekte unter anderem in den Stadterneuerungsgebieten Ottakring und Meidling, auf den Denzel-Gründen an der Linken Wienzeile, im Stadtpark sowie in grünflächenarmen Bereichen weiterer Bezirke geben. Damit soll es zu einer umfangreichen Verbesserung der Wohnumwelt vor allem jener Gebiete kommen, wo in der Gründerzeit billige, heute nicht mehr zeitgemäße Wohnungen aus dem Boden gestampft wurden. Auch diese Maßnahmen zählten zur Stadterneuerung, die aus einer Unzahl kleiner Schritte wie diesem bestünde. Man dürfe Stadterneuerung nicht nur an Zahlen aus dem Baugewerbe messen, wie es die ÖVP tue.

GR. Vejtisek schlug abschließend vor, ungenützte Liegenschaften, die auf eine Bebauung warten, zumindestens kurzfristig der Bevölkerung als Grünflächen zur Verfügung zu stellen. Wenn sich auch private Hausbauer diesen Maßnahmen anschließen würden, könnte es in jedem Grätzl regelmäßig irgendwo eine kleine Grünfläche zusätzlich geben.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

roh/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Flötzersteig

=++++

25 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPö) beantragte die Zustimmung zum Verkauf von zwei Grundstücken in Hütteldorf an die Republik Österreich.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, die Grundstücke lägen im Bereich Bergmillergasse, das Vorhaben betreffe die Flötzersteigstraße. Die FPö habe sich immer gegen den Bau dieser Straße ausgesprochen, weil die Realisierung einen starken Verkehrsdruck im 14., 16., 17., 18. und 19. Bezirk erzeugen würde. Nun, da die Außenringautobahn bis Vösendorf fertiggestellt ist, sollte eine neue Verkehrszählung durchgeführt werden. Er glaube, daß die Bürger nicht mehr solche Hochleistungsstraßen wie den Flötzersteig wollen. Die FPö sei gegen alle weiteren Schritte, mit denen Schnellstraßen in die Stadt hineingebracht werden.

GR. HAUBENBURGER (öVP) wandte sich ebenfalls gegen den Bau der Flötzersteigstraße und warf Stadtrat HOFMANN vor, er habe das Ergebnis der Volksbefragung völlig falsch interpretiert. Tatsächlich haben sich, so Haubenburger, 140.000 gegen das Projekt ausgesprochen. Als Alternative der öVP zur Lösung der Verkehrsprobleme in diesem Bereich nannte Haubenburger, daß der Durchzugsverkehr insbesondere aus der Hadikgasse zur Außenringautobahn abgeleitet werden sollte. Dies sei die einzig wirkungsvolle Maßnahme, um den Schwerverkehr von der Westeinfahrt wegzubringen. Dringend notwendig wäre in diesem Zusammenhang eine geeignete Beschilderung der Abzweigungen. Weiters verlangte Haubenburger die verkehrsgerechte Einbindung des Flötzersteiges in die Linzer Straße und weiters die Sanierung der Linzer Straße. Die Verbreiterung des Flötzersteigs beim Fuhrmannhaus könne nicht schwierig sein, meinte er. Auf der Pfarrwiese sollte eine AHS gebaut werden. Sie wäre dringend notwendig für den Bezirk. Erst wenn eine solche Entscheidung getroffen ist, werde er glauben, daß die "Hochstelzenstraße" endgültig gefallen ist. (Forts.) and/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Flötzersteig

=++++

26 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Zum Ausbau der Flötzersteigstraße sei folgendes festzustellen, erklärte GR. DINHOF (SPö):

- o Die Mehrheit der Wiener Bevölkerung hat sich eindeutig für den Ausbau der Flötzersteigstraße ausgesprochen
- o auch Bautenminister Sekanina vertritt die Meinung, daß die Flötzersteigstraße ausgebaut werden muß.

Für die Beschilderung der niederösterreichischen Autobahn sei die niederösterreichische Baudirektion zuständig. An sie könne man mit der gemeinsamen Bitte herantreten, die Außenringautobahn besser zu beschildern. GR. Dinhof wies darauf hin, daß GR. Haubenburger im Namen seiner Fraktion für eine Einmündung der ausgebauten Flötzersteigstraße in die Linzer Straße eingetreten sei. Zu diesem Zweck müßte auch die Linzer Straße ausgebaut werden. Die sozialistische Fraktion wird der Bevölkerung in Penzing mitteilen, daß die ÖVP einen "Linzer-Straßen-Saurier" wünscht, sagte Dinhof.

In seinem Schlußwort stellte GR. MRKVICKA (SPö) fest, daß die Grundstückstransaktionen ausreichend vorbereitet wurden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Wohnhausneubau

=++++

27 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) beantragte die Baubeauftragung der GESIBA für die Baudurchführung des städtischen Wohnhausneubaues in der Wagramer Straße 96. Für die Baudurchführung erhält die GESIBA 6 Prozent der Nettoherstellungskosten.

GR. NEUSSER (ÖVP) stimmte namens der ÖVP dem Antrag zu, bemängelte jedoch die generelle Praxis, den Auftrag für die Baudurchführung noch vor der Vergabe der Sachkredite zu vergeben. Diese Praxis verführe die mit der Baudurchführung beauftragten Firmen dazu, die Bausumme möglichst hoch zu fixieren. Weitere Probleme mit den Generalunternehmern würden sich daraus ergeben, daß diese die Subunternehmer in den Preisen drücken, worauf diese versuchen, ihre Leistungen so billig wie möglich herzustellen. Weiters würden die Generalunternehmer die Weitergabe der Zahlungen seitens der Gemeinde Wien an die Subunternehmer verzögern, um so Zinsen zu gewinnen. Neusser schlug vor, dies zu unterbinden indem man die Generalunternehmer verpflichtet, ihre Subunternehmer noch vor der Vertragsunterzeichnung zu nennen und dann beizubehalten. Weiter sollen Teilzahlungen an die Generalunternehmer nur ausgefolgt werden, wenn diese eine Videndenliste für die Zahlungen an die Subunternehmer beibringen.

Wohnbaustadtrat HATZL sagte, die Frage der Generalunternehmer werde derzeit geprüft. Eine vorherige Ausschreibung für Subunternehmer würde jedoch eine Verlängerung der Bauzeit bedeuten. Eine Vergabe der Sachkredite vor der Baudurchführung halte er nicht für sinnvoll, da in der Baudurchführung Vorleistungen enthalten seien, die zur Erstellung des Sachkredites benötigt werden. Die letzten Entscheidungen in einem Generalunternehmervertrag behalte sich die Stadt Wien noch immer vor. (forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wohnhausneubau

=++++

31 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Die Marco-Polo-Gründe waren der erste Baubeauftragungsvertrag mit der GESIBA, dem die ÖVP damals leider zugestimmt hat, sagte GR. HAHN (ÖVP). Auf den Marco-Polo-Gründen entsteht derzeit eine städtische Wohnhausanlage mit insgesamt 1.437 Wohnungen. Die monatliche Belastung von mehr als 50 Schilling pro Quadratmeter ohne Heizung wirft die Frage auf, ob dies noch sozialer Wohnbau sei.

GR. Rautner hat den Bundesländern vorgeworfen, daß sie die Wirksamkeit des Bundessonderwohnbauprogrammes behindern. Tatsächlich, so HAHN, funktioniert es auch in Wien nicht. Auf den Baustellen sind noch keine Arbeiter zu sehen.

Wien rangiert heute am unteren Ende der österreichischen Wohnbaustatistik, die es früher einmal angeführt hat. Wien ist dabei auch das teuerste Bundesland. Einer der Gründe dafür ist das berühmte Dreieck GESIBA - FERTIGTEILBAU - ARCHITEKT GLÜCK. Hahn stellte den ANTRAG, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß Gewinne und Rückstellungen der Fertigteilbau Wien, die beim Bau der städtischen Wohnhausanlage Marco-Polo erzielt wurden, der Bauendabrechnung und damit den Mietern zugute kommen. Darüber hinaus ist festzustellen, inwieweit die GESIBA, die die Bauüberwachung bei dieser Wohnhausanlage durchgeführt hat, ihren Aufgaben mangelhaft nachgekommen ist und daher eventuell Honorare in Abzug gebracht werden könnten, die ebenfalls den Mietern zugute kommen sollten.

HAHN warf der GESIBA vor, bei der Stadterneuerungsgesellschaft - ihrer Tochtergesellschaft - versagt zu haben. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Wohnhausneubau

=++++

32 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ), der Vorsitzende der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, warf der ÖVP wiederum vor, durch den Einspruch ihrer Bundesräte das Sonderwohnbauprogramm um acht bis zehn Wochen verzögert zu haben. Alle Ausschreibungen sowie die Bereitstellung der Mittel hätten sich dadurch verspätet. In Niederösterreich habe Landeshauptmann Ludwig die Förderung von 800 Eigenheimen angekündigt, was keinem einzigen Bauarbeiter zugute komme. In Tirol habe Landeshauptmann Wallnöfer das Sonderwohnbauprogramm zuerst beeinspruchen lassen, die Wohnungen dann doch genommen, was beweise, daß es sich um bewußte politische Verzögerung handle. In der Steiermark wurden die Grundablöseverhandlungen für den Bau der Südautobahn eingestellt. Die ÖVP wolle mit diesen Maßnahmen in Hinblick auf die Wahlen nur zu demonstrieren versuchen, daß die sozialistische Regierung bei der Arbeitsplatzbeschaffung versage.

GR. HAHN (ÖVP) hatte in seiner vorhergehenden Wortmeldung die Bezeichnung Kohlmaiers "politische Rülpser" in Bezug auf GR. RAUTNER wiederholt. RAUTNER erklärte nun, sogar das "Zentralorgan der ÖVP", der "Kurier" - er werde sogar in ÖVP-Werbekästen ausgestellt -, habe sich bemüßigt gefühlt, in einem Interview Kohlmaier auf die Realität zurückzuführen. Auch ihm bekannte führende christliche Gewerkschafter wären mit dem Stil, in dem mit den Bauarbeitern umgegangen würde, nicht einverstanden.

Die Maßnahmen der neuen Regierung in der BRD, die durch einen "legalen Putsch" an die Macht gekommen sei und nicht vom Volk beauftragt wurde, zeigten, wohin konservative Wirtschaftspolitik führen würde.

In Wien werden in diesem Jahr mehr als 8.000 Wohnungen erbaut, wesentlich mehr als in allen anderen Bundesländern. Die Gewerkschaft habe daher das Recht, die Mißstände in den Bundesländern anzuprangern, erklärte RAUTNER abschließend. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Wohnhausneubau

=++++

33 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPÖ) setzte sich mit den Ausführungen von GR. HAHN (ÖVP) auseinander und erklärte, daß laut Kontrollamtsbericht beim Wohnbauprojekt Marco-Polo-Gründe die eingetretenen Lohn- und Materialkostenerhöhungen einen Großteil des Differenzbetrages ausmachen. Tatsächlich ist die Indexsteigerung weitaus höher als die Nachförderung aus der Wohnbauförderung. Die sogenannten "kleinen Differenzen", die nicht auf den Mietzins durchschlagen, entfielen zum Beispiel auf die Kirche, zusätzliche Stellplätze und ein Kindertagesheim. Bei der ersten Sachkrediterhöhung, die im Jahre 1978 von Gemeinderat beschlossen wurde, war der Anlaß eine 32prozentige Indexsteigerung bei Material- und Lohnkosten. Die zweite Erhöhung wurde wegen der Verkaufskioske notwendig, und die dritte Erhöhung mußte ebenfalls wegen Indexsteigerungen beschlossen werden. Er, HATZL, habe 1979 eine Bauzeitverlängerung akzeptiert, weil technische Verbesserungen der Anlage durchgeführt wurden, für deren Kosten die Mieter nicht aufkommen müssen. Bei einem Projekt, dessen Realisierung mehrere Jahre in Anspruch nimmt, werde es immer notwendig sein, Erhöhungen infolge von Indexsteigerungen zu beschließen. Hatzl wandte sich entschieden dagegen, zu erwartende Baukostensteigerungen gleich im Rahmen des Sachkredites mitzubeschließen, weil dies von den baudurchführenden Firmen zur Grundlage ihrer Kalkulationen gemacht würde und den künftigen Mietern damit zweifellos Nachteile brächte. GR. HAHN forderte er auf gemeinsam mit ihm die seit 1976 eingetretenen Indexsteigerungen mit den Kostensteigerungen für Marco Polo zu vergleichen. Es sei ihm lieber, wenn die Mietenbelastungen geringer sind, man müsse aber die Kosten für Marco Polo auch mit jenen vergleichbarer Genossenschaften in Relation setzen: Im 14. Bezirk nannte Hatzl ein Vorhaben, für das die Mieter sogar 66 Schilling pro Quadratmeter zahlen müssen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Wohnhausneubau

=++++

34 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL stellte fest, daß der Beschluß zum Bau der Wohnhausanlage Marco Polo vom Wiener Gemeinderat einstimmig gefaßt wurde. Die seinerzeit beschlossenen Förderungen für Marco Polo seien noch heute die Grundlage für alle Berechnungen. Die ÖVP forderte er auf, zu ihrem seinerzeitigen Beschluß zu stehen, da die Voraussetzungen gleichgeblieben sind.

Hatzl wies daraufhin, daß Lückenverbauung im Rahmen der Stadterneuerung teurer sind. Dies müsse sich auf den Mietzins auswirken.

Das Wohnbausonderprogramm, mit dem sich BR RAUTNER (SPÖ) auseinandergesetzt hatte, bringe für Wien 2.500 zusätzliche Wohnungen und der Bauwirtschaft 2,5 Milliarden. Daß dieses Sonderprogramm erst so spät greife, sei Mitschuld der ÖVP. Sie habe auch das Wohnbauprojekt Radelmayergasse, das zum Sonderwohnbauprogramm gehört, sehr lange blockiert. Durch die Verhinderung von 900 Wohnungen im 14. Bezirk sei die ÖVP auch mitschuld, daß es im Winter Schwierigkeiten für die Beschäftigung von Bauarbeitern geben wird. (Forts) and/di

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Wohnhausneubau

=++++

35 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Die Entlastungsoffensive von Stadtrat Hatzl für GR. Rautner ist fehlgeschlagen, stellte GR. PETRIK (ÖVP) fest. Auch Stadtrat Hatzl konnte nicht erklären, warum in Wien mit den Bauten des Sonderwohnbauprogrammes noch nicht begonnen wurde. Beim Bau der Wohnhausanlage Gerasdorfer Straße wurde der Sachkredit bereits vor einem Jahr beschlossen, mit dem Bau wurde noch immer nicht angefangen. Die Rathausmehrheit soll sich endlich nach dem Willen der Bürger richten. Beim Volksbegehren Konferenzzentrum haben 1,3 Millionen Menschen unterschrieben. Die 7,5 Milliarden Baukosten für das Konferenzzentrum sollen für den Wohnbau eingesetzt werden. GR. Petrik stellte außerdem fest, daß niemand seitens der SPÖ dementieren konnte, daß die Firma Fertigteilbau Gewinne auf Kosten von Mietern in der Marco-Polo-Anlage macht.

In seinem Schlußwort betonte GR. FREINBERGER (SPÖ) daß sich innerhalb von fünf Jahren die Baukosten für ein Wohnbauvorhaben ändern. Die Anlage in der Wagramer Straße 96 soll außerdem mit einer besseren Wärme- und Schalldämmung als ursprünglich vorgesehen errichtet werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Zuweisung des ÖVP-Antrags erfolgte ebenfalls einstimmig.

(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Antrag Volksbefragung

=++++

36 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. HALA (SPÖ) beantragte die Rückzahlung diverser Guthaben an die Mieter städtischer Wohnhäuser in der Gesamthöhe von 41 Millionen S.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sagte, seine Fraktion werde diesem Antrag zustimmen, er zeige jedoch, daß den Mietern vorher zuviel verrechnet worden sei. Ein exemplarisches Beispiel dafür sei die Wohnhausanlage Rennbahnweg. Seit fünf Jahren sei diese Anlage voll besiedelt und erst vor kurzem sei die städtische Wohnhausverwaltung in der Lage gewesen, eine Endabrechnung zu erstellen. Noch immer sei den Mietern jedoch der Betrag noch nicht refundiert worden, den sie zuviel bezahlt hätten, ganz abgesehen von den Zinsen, die den Mietern eigentlich zustünden. Petrik sagte, es sei vor allem notwendig, die Endabrechnungen für Wohnhausanlagen rascher zu erstellen, um sicher zu gehen, daß darin wohnende Bürger nicht über Jahre mehr zahlen, als sie müßten.

Anschließend wandte sich Petrik der Vergabe von Gemeindewohnungen zu, die nach wie vor nicht nach objektiven Kriterien erfolge. Stadtrat Hatzl habe, so Petrik, das von der Wiener ÖVP verlangte Punktesystem wiederholt abgelehnt. Da diese Frage für die gesamte Bevölkerung von Interesse sei, sollten alle Wiener im Rahmen einer Volksbefragung darüber entscheiden. Petrik stellte den BESCHLUSSANTRAG, der Gemeinderat möge die Durchführung einer Volksbefragung beschließen, in der über die Vergabe der Gemeindewohnungen aufgrund eines objektiven Punktesystems entschieden wird. (Forts.) gab/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Antrag Volksbefragung

=++++

38 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Die Baukostenabrechnung und die Rückzahlung am Rennbahnweg wären längst erledigt, wenn nicht manche dauernd zur Schlichtungsstelle liefen, sagte GR. FREINBERGER (SPÖ). Er warf GR. Petrik vor, nicht einmal die bestehenden Vergabebestimmungen für Gemeindewohnungen zu kennen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig ANGENOMMEN, der ÖVP-Antrag wurde einstimmig ZUGEWIESEN.

Zwtl.: Städtisches Wohnhaus

GR. MICHALICA (SPÖ) beantragte die Errichtung eines städtischen Wohnhauses mit 15 Wohnungen in der Leopold-Ernst-Gasse im 17. Bezirk.

GR. KUCHAR (FPÖ) begrüßte dieses Projekt einer Lückenverbauung, kritisierte aber die Beauftragung der GESIBA mit der Bauplanung. StR. Hatzl sei offenbar nicht bereit, das Versprechen einzuhalten, auch Ziviltechniker zu beschäftigen. Die Baukostensteigerungen in Wien sind sehr hoch. Einer der Gründe dafür ist der Mangel an Wettbewerb. Die GESIBA hat keine Konkurrenz. Die Wohnungspolitik verläuft in ausgefahrenen Gleisen, statt neue Wege zu gehen.

In seinem Schlußwort begründete GR. MICHALICA die Beauftragung der GESIBA damit, daß es sich dabei um einen Forsetzungsbau handelt. Ziviltechniker werden beim kommunalen Wohnbau sehr wohl beschäftigt. Zur Frage der Baukosten in Wien und in den Bundesländern sagte MICHALICA, daß außerhalb Wiens viele Bauten mit Nachbarschaftshilfe errichtet werden, was bei größeren Bauten in Wien naturgemäß nicht möglich ist.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)  
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Wasserrohrlegung

=++++

39 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) beantragte, Wasserrohrlegungen in Breitenlee in einer Länge von rund 3.000 Metern und mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 13 Millionen Schilling zu genehmigen.

Die Grundwasserverseuchung im 21. und 22. Bezirk sei zwar durch Kontrollen der Stadt Wien aufgedeckt worden, Schuld an der mißlichen Lage wäre trotzdem das Versäumnis der Stadtverwaltung, nicht die ganze Stadt mit Hochquellenwasser und Kanalisation zu versorgen, erklärte GR. DALLER (ÖVP). Die SPÖ habe das von der ÖVP geforderte Konzept mit genauem Zeitplan für die Versorgung der peripheren Siedlungsgebiete bisher nicht vorgelegt.

Außerdem müsse die Frage der Anschlußabgabe für die von der Grundwasserverschmutzung betroffenen Siedler, die 10.000 bis 15.000 Schilling ausmache, geklärt werden. Die öffentliche Hand sollte in diesen Fällen die Siedler unterstützen. Laut Informationen der Magistratsabteilungen 25 und 50 könne für den Wasseranschluß auch ein Wohnungsverbesserungskredit in Anspruch genommen werden. Um den Abschluß eines solchen Kredites zu ermöglichen, müßten die Wasserwerke für jeden einzelnen Anschlußwerber eine Kostenschätzung vorlegen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Wasserrohrlegung

=++++

40 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA wies darauf hin, daß das Wasserversorgungsgesetz eine Anschlußmöglichkeit vorsieht, wenn eine Gemeinschaft einen solchen Anschluß beantragt. Der Stadtrat unterstrich, daß in der Siedlung Schwarzlackenuau ein Wasserrohr gelegt wurde, einige Siedler den Anschluß jedoch ablehnten.

Ein Wasserkonzept ist ausgearbeitet - eine komplette Übersicht wird im nächsten zuständigen Gemeinderatsausschuß vorgelegt. Ein gleiches Konzept wird auch für Kanalbauten präsentiert werden. Das novellierte Wasserversorgungsgesetz wird für Siedlungshäuser eine einheitliche Anschlußgebühr von 10.000 S vorsehen, kündigte VELETA an. Gemeinsam mit dem Siedlerverband werde eine Information über die Anschlußkosten vorbereitet. VELETA stellte klar, daß er nicht behauptet habe, die Siedler seien an Grundwasserverschmutzungen schuld, wie dies GR. DALLER verstanden habe. Der Grundwasserstrom komme aus dem angrenzenden Niederösterreich - Verschmutzungen gelangen auf diese Weise auch nach Wien.

Hinsichtlich der Reinigung von Senkgruben gab VELETA bekannt, daß überlegt werde, die Führung von Senkgrubenräumungsbüchern vorzuschreiben. Für zahlreiche Kanalanschlüsse fehlte als Voraussetzung bisher der Linke Donausammelkanal. Er ist nun fertiggestellt, die Anschlüsse können daher jetzt vorgenommen werden.

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. EDER (SPÖ), die Verunreinigungen konnten nur deshalb so rasch gefunden werden, weil es in Wien seit vier Jahren entsprechende Wasseruntersuchungen gibt. Ähnliche Verunreinigungen mag es auch in anderen Bundesländern geben, können aber nicht registriert werden. Wien sei daher auch auf diesem Sektor vorbildlich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)  
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Geschützte Werkstätten

=++++

41 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR DINHOF (SPÖ) beantragte eine Subvention in der Höhe von 6,7 Millionen S für die "Geschützte-Werkstätten GesmbH". Mit diesen Mitteln soll ein Betriebsgebäude gekauft und für Behinderte ausgebaut werden.

Diese Subvention ist ein Beispiel für die großen Bemühungen der Stadt auf dem Behindertensektor, stellte Stadtrat Univ.Prof.Dr. Alois STACHER (SPÖ) fest. In den nächsten Tagen wird ein neues Rehabilitationszentrum für psychisch Behinderte eröffnet, in dem 120 Patienten Beschäftigungstherapie und geschützte Arbeitsplätze finden. Es wird das erste Zentrum dieser Art für psychisch Behinderte in Österreich sein. 1973 gab es für 69 Personen geschützte Werkstätten, der Zuschuß der Stadt Wien betrug 550.000 S. 1981 waren es bereits 288 Personen, die Arbeitsplätze in den geschützten Werkstätten fanden, und der Zuschuß hatte sich auf 13,6 Millionen S erhöht. Eine Wohnstätte für Beschäftigungstherapie für 60 Behinderte wurde erst kürzlich in Betrieb genommen. Geplant sind weitere 60 Plätze im Karolinen-Kinderspital und später in Hirschstetten. Für die Unterbringung von Behinderten wurden 1976 10,7 Millionen S von der Stadtverwaltung ausgegeben, fünf Jahre später waren es schon 40,3 Millionen S. Hinter diesen Zahlen steht die engagierte Arbeit von vielen Menschen in dieser Stadt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts) ba/di

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Ankerbrotkredit

=++++

42 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte den Antrag, der "Vereinigte Nahrungsmittelindustrie AG" (Ankerbrot) zur Finanzierung von Investitionen ein zinsensfreies Darlehen in der Höhe von 20 Millionen S unter der Voraussetzung zu gewähren, daß der Bund dies ebenfalls tut. Die Laufzeit für die Rückzahlung ist mit zehn Jahren veranschlagt.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) bekannte sich dazu, in Industrie- und Gewerbebetrieben in schwierigen Zeiten zu helfen. Mit Darlehen wie sie bereits im Frühjahr 1982 an die Firma Mischek und nun an Ankerbrot vergeben werden, könne er sich jedoch nicht identifizieren, da sie nicht dem Grundsatz der gleichen Behandlung aller Unternehmen entsprechen und Tür und Tor für weitere Pressionen öffnen würden. Würde Wien alle potentiellen Kreditwerber zu diesen Konditionen bedienen, so wäre die Stadt in Kürze bankrott, sagte HIRNSCHALL. Er forderte daher ein objektives Verfahren und stellte den BESCHLUSZANTRAG, der Wiener Industrie zur Förderung von Investitionsvorhaben einen Betrag von 200 Millionen S jährlich zu den Bedingungen der Gewerbekreditaktion zur Verfügung zu stellen. Dies wäre eine Aktion mit klaren Förderungsbedingungen und damit ein Schutz gegen die Pressionsversuche einzelner Firmen. Den beantragten Kredit für die Firma Ankerbrot könne die FPÖ in dieser Form nicht zustimmen. (forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Ankerbrotkredit

=++++

43       Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Vielen Wienern wird das Ankerbrot nach dem heutigen Tag etwas bitter schmecken, sagte StR. NEUSSER (ÖVP). Dies ist der sozialistischen Wirtschaftspolitik zuzuschreiben. NEUSSER kritisierte "Steuergeschenke" an Großbetriebe. Angesichts der Verschuldung des Staates und der Stadt Wien können wir uns solche Geschenke nicht mehr leisten. Wir leben heute von dem, was übermorgen bezahlt werden muß. Die ÖVP hat nichts gegen Großbetriebe, die Wirtschaftsstruktur soll ausgeglichen sein. Sie ist aber gegen Geschenke, die es für Klein- und Mittelbetriebe nicht gibt. NEUSSER warf der Firma Ankerbrot vor, die gewerblichen Bäcker auf dem Preissektor bekämpfen zu wollen. So werde Hausbrot unter dem geregelten Preis verkauft. Dr. Schuster habe Ankerbrot, einen Betrieb mit einer Milliarde Umsatz, um neun Millionen gekauft. Vom Bund und der Gemeinde Wien bekommt Ankerbrot insgesamt 40 Millionen S Kredit und zusätzlich 40 Millionen als Geschenk.  
(Forts.)   ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Ankerbrotkredit

=++++

44 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) GR SALLABERGER (SPÖ) stellte fest, daß derzeit in Wien 32 Wirtschaftsförderungsaktionen laufen, 16 davon wurden in den letzten sechs Jahren eingeführt. In den letzten vier Jahren erhielten 2.200 Wiener Klein- und Mittelbetriebe Förderungsmittel in der Höhe von 250 Millionen.

Das Unternehmen Aker werde häufig in ein falsches Licht gestellt, erklärte SALLABERGER. Es besteht bereits seit 90 Jahren und stellt keine neue Konkurrenz für die Bäcker dar. In diesem Zeitraum hat es dazu beigetragen, die Versorgung der Wiener zu gewährleisten; es hat als erstes Unternehmen Sozialleistungen wie einen bezahlten Urlaub eingeführt und eine Lehrwerkstätte gegründet. Es stellt pro Tag 110 Tonnen Backwaren her und wird 1982 einen Umsatz von einer Milliarde Schilling haben. Damit verfügt es in Wien über einen Marktanteil von 35 Prozent. Trotzdem hätten die Wirtschaftsbundobmänner Busek und Dittrich auf einer Pressekonferenz erklärt, es wäre ihnen egal, wenn dieser Betrieb zugrunde ginge.

Österreich importiert jährlich Backwaren um 500 Millionen S unsere Überproduktion an Getreide wird ausgeführt, verarbeitet und als Fertigware wieder importiert. Dieser Tendenz, die dem Vorgehen eines Entwicklungslandes entspricht, müsse der Kampf angesagt werden, wie es unter anderem durch die Unterstützung der Ankerwerke geschehe.

Ein Gutachten einer unabhängigen Firma habe ergeben, daß die Investitionen, für die die Ankerwerke den Gratiskredit erhalten, volkswirtschaftlich, sozial-, energie- und umweltpolitisch bedeutsam sind. Die Ursache dafür, daß dieser Betrieb von seiner eigenen Interessensvertretung in Stich gelassen werde, sah Sallaberger in der grundsätzlichen Politik der ÖVP, die prinzipiell alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierungsfraktion in Mißkredit bringen wolle. (Forts) roh/di

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Ankerbrot-Kredit

=++++

45 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNLA) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) sagte, in 670 Bäckerei- und Konditoreibetrieben seien 5.200 Arbeitskräfte und 574 Lehrlinge beschäftigt. Das entspricht der dreifachen Zahl der bei "Ankerbrot" Beschäftigten. Der SPÖ warf Wöber vor, protektionistische Einzelmaßnahmen zu setzen, obwohl Industrie und Gewerbe gleichermaßen in Schwierigkeiten sind. Im Krisenfälle seien viele dezentrale Bäckereibetriebe effizienter als ein Großbetrieb, der leicht ausgeschaltet werden könne. Mit dem Kredit sollen 56 Millionen für das Filialnetz aufgewendet werden - damit werden durch einen zinsfreien Kredit an einen Großbetrieb Kleinbetriebe konkurrenziert. Dazu kommen die beabsichtigten Aufwendungen für den Fuhrpark, die ebenfalls aus Kreditmitteln bedeckt werden. Für die Broterzeugung bleiben nur 15 Prozent der Summe, für die Verwendung von 55 Millionen gibt es überhaupt keine nähere Aufschlüsselung. Wöber stellte die Frage, warum nicht auch andere Kredite beansprucht wurden, etwa aus dem ERP-Fonds. Er zitierte dann aus einer Zeitschrift, daß die Leitner GmbH mit Unterstützung von Ankerbrot beim heimischen Taxifunk "mitmische".

GR. Dr. Wöber forderte gleiche Bedingungen für alle. In einer Branche, zu der hundert Betriebe gehören, einen einzelnen zu fördern, führe zu Wettbewerbsverzerrungen. Das Geschäftsstück verstoße gegen den Grundsatz der Sicherung von 5.200 Arbeitsplätzen im Broterzeugnis- und Konditoreiwesen. (Forts.) and/gg

NNNN



22. Oktober 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3092

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Ankerbrotkredit

=++++

46 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Wirtschaftspolitik soll in Wien so betrieben werden, daß große und kleine Betriebe gefördert werden und daß alle Betriebe rentabel arbeiten können, stellte StR. MAYR (SPÖ) fest. Was im Wiener Gemeinderat offenbar als Novität betrachtet wird, daß ein Land einen Beitrag zur Arbeitsplatzförderung erbringt, ist beispielsweise in der Steiermark gang und gäbe. Dazu gibt es Richtlinien der Finanzförderungsgesellschaft. In anderen Bundesländern wird keineswegs von Wettbewerbsverzerrung gesprochen. Die Ankerbrotfabrik sei nicht der einzige Industriebetrieb im Bäckergewerbe. Bei der Ankerbrotfirma hat die vorangegangene Geschäftsleitung nicht optimal gewirtschaftet. Eine Förderung sei notwendig, um eine gesunde Struktur von kleinen und großen Betrieben zu erhalten. Die ÖVP geht nicht von wirtschaftspolitischen Überlegungen aus, sondern sucht nur die politische Diskussion und Emotion. StR. MAYR warnte vor dem "Kampf der Kleinen gegen die Großen". Der wirkliche Konkurrenzkampf besteht gegen das Ausland. Er sei auf den "Geheimplan" des Präsidentens der Wirtschaftskammer für den Export der Backwaren neugierig, sagte StR. Mayr. Die Wiener Interessensvertretung soll gemeinsam darauf achten, den ausländischen Import abzuwehren. Der Kredit für die Ankerbrotfirma macht nur etwa ein Viertel der notwendigen Investitionssumme aus. Die Filialen werden weniger gefördert als jeder gleich große Einzelhandelsbetrieb. Wenn man dem Verlangen einer gleichgroßen Förderung für Groß- und Kleinbetriebe tatsächlich nachgäbe, so würde die Förderung für Kleinbetriebe geringer, da im Durchschnitt die Industrie weit weniger subventioniert wird als das Gewerbe. Würde man die Wirtschaftspolitik der konservativ regierten Länder betreiben, wäre ein Zehnfaches an Subventionen notwendig, vermutete StR. MAYR. (Forts.) ba/ap

NNNN

22. Oktober 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3093

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Ankerbrot-Kredit

=++++

47 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung, die den Debattenbeitrag von GR. SALLABERGER (SPÖ) traf. Sallaberger hatte gesagt, daß in einer Pressekonferenz der Wirtschaftsbundobmänner Dittrich und Busek zur Arbeitsplatzsituation bei Ankerbrot geäußert worden sei: Die 400 Bäcker seien unterzubringen, die restlichen 1.450 Bediensteten seien egal. Diese Worte seien nie gefallen sagte Busek.

GR. SALLABERGER antwortete, er habe sich mit dieser Aussage auf eine Mitschrift der Pressekonferenz und auf einen Artikel in der Presse vom 14. Oktober 1982 bezogen. Dittrich und Busek hätten sich demnach in der Pressekonferenz nur mit den Bäckern beschäftigt.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Beschlußantrag der FPÖ bezüglich einer Kreditaktion für Industriebetriebe wurde dem Finanzausschuß einstimmig zugewiesen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde nach neuneinhalbstündiger Dauer um 18.25 Uhr geschlossen. (Schluß) gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Stadtteilplanung Großjedlersdorf: Ausstellung ab 27. Oktober

=++++

21 #Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER wird am 27. Oktober um 19 Uhr in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN im Volksheim Großjedlersdorf die Ausstellung "Stadtteilplanung Großjedlersdorf" eröffnen. Ab 28. Oktober ist die Ausstellung Montag, Mittwoch und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr geöffnet. Mitarbeiter der Stadt Wien stehen für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Wichtiger Schwerpunkt der Planungen ist in Großjedlersdorf ebenfalls die Erhaltung des örtlichen Erscheinungsbildes. Überlegungen gibt es auch für die künftige Verkehrsorganisation in diesem Bereich.#

Die Stadtteilplanung gibt den Bewohnern des betreffenden Gebietes die Möglichkeit, bereits sehr frühzeitig bei den Planungen mitzureden: in einer ersten Informationsveranstaltung werden die Konzepte der Planer vorgestellt. Den Einwohnern und den Betriebsinhabern in diesem Stadtteil wird dabei Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Anschließend werden die Pläne im Rahmen der Möglichkeiten entsprechend den Stellungnahmen überarbeitet, nochmals ausgestellt und anschließend einer öffentlichen Diskussion mit den Bewohnern des Planungsgebietes unterzogen. Dann setzt das in der Bauordnung vorgeschriebene Verfahren zur Änderung bestehender Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ein. Die Beschlußfassung über die Neufassung dieser Pläne obliegt dem Gemeinderat.

Großjedlersdorf kam 1904 als Teil des neugeschaffenen 21. Bezirkes zu Wien. Der Bereich des Ortskernes ist ein historisch gewachsenes Straßendorf mit überschaubaren Strukturen. Vom alten Dorfcharakter zeugen noch bäuerliche Hausformen mit teilweise erhaltenen Scheunen an den ehemaligen Scheunenstraßen (Jedlersdorfer Straße, Baumergasse). (Schluß) and/gg

NNNN

Risiko bei der Führung der Rinter-Anlage begrenzt (1)

=++++

28 Wien, 22.10. (RK-WIRTSCHAFT) Obwohl am Donnerstag die Fraktionen über das mit der Rinter AG und dem Bankenkonsortium erzielte Verhandlungsergebnis ausführlich informiert wurden, haben Sprecher politischer Parteien in der Öffentlichkeit widersprüchliche Angaben gemacht. Zur Klarstellung gab Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende detaillierte Darstellung:

Das Verhandlungsergebnis geht von folgenden Beträgen aus: Gesamtbankschuld der Firma Rinter: 552 Mill. S, Bankzinsen bis 31.12.1983: 112 Mill. S, Lieferantenverbindlichkeiten und Gewährleistungsrückstellung: 43 Mill. S, Um- und Ausbaukosten der Anlage einschließlich einer Anlage zur Zerkleinerung von Sperrmüll sowie einer Pelletierungsanlage: 82 Mill. S.

Die Gesamtsumme beträgt daher 789 Millionen Schilling. Da während des Um- und Ausbaues keine Müllverarbeitung erfolgt, wurden ferner 52 Mill. S für Betriebskosten nach den Grundsätzen der kaufmännischen Vorsicht in die Verhandlungen aufgenommen.

Ausgehend von diesen Beträgen verzichtet das Bankenkonsortium auf Zinsen bis 31.12.1983 in Höhe von 112 Mill. S, zusammen mit dem Nachlaß von der Gesamtbankschuld, der 200 Mill. S beträgt, ergibt dies demnach 312 Mill. S.

Das Risiko für den künftigen Anlagenbetreiber wurde dadurch wesentlich begrenzt, daß der Anlagenhersteller, die Maschinenfabrik Andritz AG, den gesamten Kaufpreis von 230 Mill. S zurückzuzahlen hat, sofern die Anlage die vereinbarten Leistungen nicht erbringt. Für diesen Fall werden die Banken einen weiteren Nachlaß von 100 Mill. S gewähren. (Forts.) we/gg

NNNN

22. Oktober 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3096

Risiko bei der Führung der Rinter-Anlage begrenzt (2)

=++++

29 Wien, 22.10. (RK-WIRTSCHAFT) Berücksichtigt man dazu, daß das neue Betriebskonzept auf im Ausland bewährte Verarbeitungsmethoden zurückgreift und stellt man den vorhandenen Anlagenwert in Rechnung, könnte das Risiko für einen künftigen Betreiber der Anlage als tragbar angesehen werden.

Abschließend stellte Stadtrat Veleta fest, daß das Verhandlungsergebnis auf die Haftung des Herrn Prutscher für alle aushaftenden Bankschulden keine Auswirkung hat. (Schluß) we/bs

NNNN

## Sonderausbildung für Pflegepersonal

=++++

30 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Ihre Dekrete über die in mehrwöchigen Kursen und Seminaren absolvierte Sonderausbildung erhielten Freitag 25 Vertreter - 24 Frauen und ein Mann - des leitenden Krankenpflegepersonals und des medizinisch-technischen Dienstes aus der Hand von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Auf dem Kursprogramm standen unter anderem Themen aus den Bereichen der Betriebsorganisation, Medizintechnik, Pädagogik und Administration. Stadtrat Dr. Stacher hob im Rahmen der Überreichung die Bemühung der Stadt Wien hervor, in Form von laufend durchgeführten Fortbildungskursen für die pädagogisch-fachliche Weiterbildung des im Krankenhausbereich tätigen Personal zu sorgen. Nach Meinung des Stadtrates sei gerade ein gut ausgebildetes Personal eine wesentliche Voraussetzung für eine gut funktionierende Organisation im Krankenhausbereich. (Schluß) zi/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat

Utl.: Einstimmig und ohne Debatte

=++++

37 Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Freitag standen auf der Tagesordnung insgesamt 66 Geschäftsstücke. Davon wurden 57 ohne Debatte angenommen. Im Rahmen der Aktion "Komm zum Sport" werden zahlreichen Wiener Vereinen und Sportverbänden Subventionen im Gesamtausmaß von 5,590.000 S zur Verfügung gestellt. Der Wiener Sportklub erhält für die Errichtung der bereits fertiggestellten, nicht überdeckten Stehplatztribüne an der Alzeile einen Baukostenzuschuß von 4,7 Millionen. Für den Wiener Eislauf-Verein wurde eine Sondersubvention von 1,5 Millionen ohne Debatte genehmigt. Weiter beschloß der Wiener Gemeinderat den Beitritt der Stadt Wien zum österreichischen Institut für Sportmedizin.

Auf dem Bausektor genehmigte der Gemeinderat die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage mit 129 Wohnungen in der Wagramer Straße 96 zum Gesamtpreis von 126 Millionen S und zahlreiche Sachkrediterhöhungen für städtische Wohnhausanlagen und Generalinstandsetzungen städtischer Amtshäuser.

Über Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR erhöhte die Stadt Wien ihren finanziellen Beitrag zum Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen in Wien von 6 Millionen auf 9 Millionen.

(Schluß) fk/ap

NNNN